

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in  
Leipzig, Zeiser Straße 30, IV.,  
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einendung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 29

Sonnabend, den 20. Juli 1929

33. Jahrgang

## Die Erhöhung der Lebensmittelzölle

Es scheint zum Schicksal des deutschen Reichstages zu gehören, daß die schwerwiegendsten Beschlüsse stets mit dem Koffer in der Hand gefaßt werden. So war es bei der Verabschiedung des großen Zolltarifs 1902 und zumal hat sich das Schauspiel einer überhäuferten Abstimmung wiederholt. Bevor das deutsche Reichsparlament diesmal seine Sommerferien antrat, sollten noch allerhand Gesetze von weitgehender Tragweite verabschiedet werden. Hierzu gehörte die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes und die Änderungen der Lebensmittelzölle.

Die agrarischen Interessen haben selten eine solche Förderung erfahren, als bei den letzten Abstimmungen im Reichstag. Eine Kommission von Sachverständigen, welche die Frage eines Getreidemonopols unteruchen sollte, ist zu keinen Entschlüssen gekommen, sondern reifungslos auseinandergegangen. Desto gründlicher hat man im Reichstage selbst bezüglich der Änderung der Zollsätze gearbeitet. Zugrunde lag den Reichstagsverhandlungen jenes Programm, welches die Biermännertkommission, die Führer der Agrarparteien, ausgearbeitet hatten. Die Forderungen dieser Kommission waren mit Gewissensstruppen nicht belastet. Sie forderten nicht nur namhafte Erhöhung der Getreidezölle, sondern auch Verringerung der Zollsätze von Butter, Milch, Käse, Eier, Geflügel, Vieh, Fleisch, Zucker usw. Bei sehr wichtigen der vorgenannten Lebensmittel wurden namhafte Zollerhöhungen vorgenommen. Hierüber wollen wir uns ein Bild zu machen versuchen.

### Erhöhung der Getreide- und Mehlzölle.

Bei den Getreidezöllen ist folgende Verringerung eingetreten: Für Roggen, Hafer und Weizen wurden die Zwischenzölle aufgehoben und traten dafür folgende Zollsätze in Kraft: Für Roggen und Hafer 6 Mk. und für Weizen 6,50 Mk. Das genügt den Herren Agrariern nicht, deshalb wurde beschlossen, den deutsch-schwedischen Handelsvertrag sofort zu kündigen, um beim Neuabschluss dieses Vertrages die autonomen Sätze (7 Mk. für Roggen und Hafer, 7,50 Mk. für Weizen) alsbald in Kraft treten zu lassen. Die Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages wurde sofort ausgesprochen. Bis zum 15. Februar 1930 muß der Neuabschluss des Handelsvertrages erfolgt sein. (Dieser nur aus Rücksicht auf die deutschen Agrarier gefällige Handelsvertrag hat auch für die deutsche Pflasterstein-Industrie große Bedeutung, auf die wir bereits im „Steinarbeiter“ Nr. 27 vom 6. Juli hingewiesen haben.) Die für den Handel und die Industrie geltenden Zölle sind ihrer Bedeutung nach durchgehends, aber noch weit einschneidender Erhöhung ist die zu gleicher Zeit vorgenommene Erhöhung der Mehlzölle. Für Mehl ist jetzt ein Zwischenzoll in Höhe von 12,50 Mk. in Kraft. Dieser Zwischenzoll wurde aufgehoben, dafür wurde ein Satz von 14,50 Mk. festgesetzt. Die bürgerlichen Parteien forderten den autonomen Satz von 18,50 Mk. Nach längeren Bemühungen gelang es der sozialdemokratischen Fraktion, die Zollerhöhung auf 2 Mk. zu beschränken. Die französische Regierung hat den Verzicht auf die Bindung der Mehlzölle (11,50 Mk.) ausgesprochen. Als Ausgleich wurde der französischen Regierung zugestanden, den ermäßigten Weintraubenzoll um einen Monat im Jahr zu verlängern und eine Ermäßigung des Zollsatzes für Austeren, Weintrauben und Austeren fallen bei dem Haushalt der großen Masse nicht ins Gewicht, dafür aber die Erhöhung des Mehlzollens. Dazu wurde noch ein Antrag auf Einführung des Beimahlungszwanges für inländischen Weizen angenommen. Dieser Antrag sieht vor, daß jede deutsche Mühle, die ausländischen Weizen vermahlt, verpflichtet ist, eine mindestens 30 v. H. betragende Menge Inlandsweizen zu verarbeiten. Durch diesen Beimahlungszwang werden die Preise für Inlandsweizen auf die Höhe der Weltmarktpreise plus Zoll erhoben. Weiter führt dieser zu einer Art Kontingenterierung, wie sie bei einem festgesetzten Kartell in Erscheinung tritt. Ueberdies wurde ein Fonds von 3,75 Millionen Mark für die Förderung der Bewegung der Getreideernente geschaffen. Mit diesem Fonds kann eine Zinsverbilligung bei der Getreidelombardierung herbeigeführt werden. Für das nächste Jahr soll dieser Fonds verdoppelt werden. Jeder Leser kann ungefähr ermessen, welche ungeheure Wirkung auf den Massenkonsum von dieser Erhöhung der Mehlzölle ausgeht.

Für die

### Zölle für Vieh und Fleisch

lagen Anträge vor, die bei Rindvieh und Schafen eine Verdoppelung und bei Schweinefleisch eine Verdreifachung der jetzt geltenden Zollsätze vorsah. Eingeführtes Fleisch sollte ähnlich belastet werden. Es kam hier nicht zu direkt wirkenden Beschlüssen, aber der Reichsernährungsminister gab die Erklärung ab, daß die höheren Zollsätze bei den demnächst einsetzenden Verhandlungen mit Schweden zur Rücksichtnahme dienen würden. Ferner wurde ein Ausschußantrag angenommen, der forderte, mit Dänemark sofort in Verhandlungen einzutreten, um die Einfuhr von Rindvieh und Schweinefleisch in den Monaten August bis November einzustellen. Die Besetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents konnte abgewehrt werden. Des ferneren wurde ein Ausschußantrag angenommen, der sofort einen Gesandtschaftswort fordert, wonach das Einfuhrsystem auf weitere Erzeugnisse der bäuerlichen Landwirtschaft, auf Produkte der Vieh- und Milchwirtschaft, Geflügel, Eier, Gemüse, Obst usw. ausgedehnt werden soll. Wenn es bei den Zöllen von Vieh und Fleisch noch nicht zu Beschlüssen kam, so kann man aber hier noch auf all'herd gefaßt sein.

Sehr einschneidend wird sich die Erhöhung des Kartoffelzolls auswirken. Bisher betrug der Zoll für die Zeit vom 15. Februar bis zum 31. Juli 4 Mk. und für den Rest des Jahres 1,50 Mk. Hinfort soll der hohe Zoll bis zum 31. August gelten und für den Rest des Jahres 2 Mk. Das ist für die Spätkartoffeln eine Erhöhung um 25 Prozent. Da die Kartoffel im Arbeiterhaushalt eine ziemlich große Rolle spielt, kann man sich ungefähr vorstellen, wie sich diese Zollerhöhung auswirken wird.

### Die außergewöhnliche Erhöhung des Butterzolls

dürfte für die Milchwirtschaft von besonderer Bedeutung sein. Bisher betrug der Butterzoll 27,50 Mk., hinfort soll er 50 Mk. betragen. Am 10. Juli tritt diese Zollerhöhung bereits in Kraft. Gegenüber den Meißbegünstigungsänderungen soll diese Erhöhung wirksam werden, wenn der deutsch-finnische Handelsvertrag entsprechend abgeändert ist. Man beschloß aber eine Art Erziehungsmaß in der Weise, daß ab Januar 1934 der Mindestzoll für Butter nicht unter 40 und ab 1. Januar 1936 nicht unter 30 Mk. betragen soll. Der Rahmzoll betrug bisher 20 Mk., hinfort soll er zwei Drittel des Butterzolls, also ungefähr 33,30 Mk. ausmachen. Um nun die Molkereierzeugnisse anzupassen, wurde eine Entschärfung angenommen, die die

## Eine neue Taristaktik der Unternehmer?

Auf der Tagung der berühmten Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustriellen hat der bekannte Dr. Poensgen einen Vortrag gehalten, in dem er u. a. die Fragen einer neuen Arbeitsgemeinschaft und des Tarifwesens eingehend behandelte. In der Tagespresse haben diese Ausführungen einiges Aufsehen erregt. Auch die Gewerkschaftspresse kann nicht gänzlich achtlos daran vorbeigehen. Wir sind allerdings nicht der Meinung, daß für sie Anlaß vorhanden ist, sich über die Poensgenschen Ausführungen, soweit sie die Frage einer neuen Arbeitsgemeinschaft behandelten, irgendwie aufzuregen oder dieselben auch nur einer ernsthaften Erörterung zu unterziehen. So, wie man sich dort eine Arbeitsgemeinschaft vorzustellen scheint, ist die Frage für die Gewerkschaften indiskutabel. Es genügt, diese Tatsache hier festzustellen.

Dagegen sind die Ausführungen über die „neue“ Taristaktik, die Herr Dr. Poensgen empfohlen hat, einiger Beachtung wert. Zu irgendwelcher Aufregung ist aber auch hier kein Anlaß vorhanden. Der Plan Dr. Poensgens, wenn man seine Ausführungen so bezeichnen soll, geht dahin, möglichst große und umfassende Tarifgebiete zu schaffen, um so den Gewerkschaften die Möglichkeit zu nehmen, sich kleinere und an Kampfkraft (der Unternehmer) schwächere Gebiete für ihre ersten, bahnbrechenden Vorstöße auszusuchen und so der Bewegung in den übrigen Lohngebieten vorzuarbeiten, um dann auch hier ihre „unerfüllbaren“ Forderungen durchzusetzen. Dr. Poensgen ist der Meinung, daß so das Risiko für die Gewerkschaften erhöht wird, und sie dann mit um so größerem Verantwortungsgefühl an neue Lohnbewegungen heranzugehen werden. Wörtlich führte er aus:

„Es bedarf danach kaum noch einer besonderen Begründung, daß die Bildung möglichst großer Tarifgebiete eine Notwendigkeit ist, um so mehr, als dann die mit einer Kampfhandlung verbundene Verantwortung wegen des größeren in ihr liegenden Risikos sich erheblich verstärkt. Gerade die Frühjahrslohnbewegung nach der Aussperrung hat gezeigt, daß kleine Tarifgebiete trotz größter Wirtschaftsdpression Lohnhöhungen bewilligen mußten, die selbst noch über den Rahmen eines gefällten Schiedsspruchs hinausgingen, sicherlich nur, weil sie eine Auseinandersetzung im Wege des Kampfes mit den stärkeren Gewerkschaften nicht wagen wollten und konnten.“

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Aufruf des Dr. Poensgen einigen Erfolg haben wird. Es werden sich wieder einmal einige kleinere Unternehmerrgruppen, die bis dahin vielleicht noch ein einigermaßen selbständiges Dasein geführt haben, den größeren Organisationen anschließen. Ob es für sie von Vorteil sein wird, ist eine andere Frage. Die es früher schon getan haben, sind durchaus nicht immer begeistert gewesen von den Wirkungen.

Denn es ist doch wahrlich nicht das erste Mal, daß solche eine Parole ausgegeben wird — und es wird auch das letzte Mal noch nicht sein. Dafür bietet die Geschichte der Unternehmerorganisation des Baugewerbes im allgemeinen und die des Straßenbaugewerbes im besonderen lehrreiche Beispiele in Hülle und Fülle. Das gilt sowohl für die Konzentrationsbestrebungen, wie auch für die Entlassungen, die sie den Beteiligten bereitet haben.

Deshalb sollten sich auch die Mitglieder der Gewerkschaften durch solche Vorgänge nicht nervös machen lassen. Es ist nicht unangebracht, eine solche Warnung auszusprechen; denn erfahrungsgemäß hat fast jede solcher Neuerungen im Unternehmerlager Gegenäußerungen im Arbeiterlager zur Folge, die nicht etwa auf

eine kühle und verstandesmäßige Bewertung abgestimmt sind, sondern sich für gewöhnlich in alarmierenden Anträgen äußern.

Demgegenüber ist es vielleicht nicht unangebracht, in der Gedächtnis unserer eigenen Tarifbewegung Umschau zu halten, wie sich hier die Dinge gestaltet haben.

Es hat eine Zeit gegeben, in der viele unserer Mitglieder sich gegen den Abschluß von Bezirkstarifen wehrten, weil sie befürchteten, daß sie infolge so verbreiteter Front in ihrer Angriffs- und Widerstandskraft geschwächt würden. Gelegentlich einmal tauchen ja auch jetzt noch vereinzelt solche Meinungen auf. Die sie vertreten, übersehen, daß sich volkswirtschaftliche Entwicklungsgesetze nicht dadurch umgehen lassen, daß man ihnen sozusagen ein Schnippchen zu schlagen sucht.

Fast noch größer war der Widerstand — und die Angst! — als das Unternehmertum zum ersten Male das Verlangen stellte, die Tarife am Jahresende ablaufen zu lassen. Es fanden sich „Lohnkämpfer-Strategen“, die haarig nachwies, daß unter dieser Bedingung überhaupt keine Förderung der Straßenbauarbeiter und Steinarbeiter mehr durchgesetzt werden könnte. Es ist auch sicher, daß ganz „schlaue Köpfe“ auf der Unternehmerseite genau so kalkuliert hatten. Denn es spukte in diesen ersten Jahren unserer Bewegung noch sehr stark in den Köpfen der Berufsangehörigen die Auffassung, daß eine erfolgreiche Lohnbewegung ohne Streik überhaupt nicht denkbar sei. Genau so, wie es heute wieder „Kassentampffstrategen“ gibt, für die der Streik die einzig mögliche Form des Klassenkampfes ist.

Nun — wir haben die Episode des Ortstarifes längst überwunden, sind zum allgemeinen Bezirkstarif und letzten Endes zum Reichstarif gelangt — und kein ernsthafter Kritiker, der volkswirtschaftlich zu denken vermag, wird behaupten können, daß dadurch Arbeiterinteressen geschädigt worden sind oder gar das Klasseninteresse benachteiligt wurde. Und was den Jahresabschluss als Ab- und Aufstärken der Tarifverträge betrifft, so denkt heute kein ernsthafter Mensch mehr daran, darüber auch nur ein Wort zu verlieren.

So wird es auch gehen, wenn wirklich der Aufruf der nordwestlichen Großindustriellen Erfolg hat, d. h. wenn die vorhandenen Unternehmerorganisationen sich noch enger zusammenschließen, und damit die Tarifgebiete vergrößern: Einmal wird das so schnell nicht geschehen — und wenn es geschieht, dann wachsen damit die Schwierigkeiten — und die Verantwortlichkeit auch auf der anderen Seite, nicht bloß bei den Gewerkschaften, denen man Verantwortungsgefühl und Pflicht nicht erst zu predigen braucht, die dergleichen weit mehr an den Tag gelegt haben, als gerade die Herren von der Nordwestlichen!

Gewiß ist, daß die Arbeiterklasse die entscheidende Schlacht in ihrem wirtschaftlichen Befreiungskampfe erst noch zu schlagen hat, und daß diese schwerer sein wird, als die Schlachten der Vergangenheit waren. Aber wenn die Arbeiterschaft treu zu ihren gewerkschaftlichen Organisationen hält, die noch fernstehenden zu diesen heranzieht und — allen politischen Jant und Haber aus ihnen fernhält, dann hat sie von der Entwicklung der Unternehmerorganisation nichts zu befürchten und kann allen kommenden Kämpfen mit dem größten Vertrauen entgegensehen. Will sie das nicht tun, dann nützen auch alle noch so radikal schillernden Vor schläge nichts, die doch nichts anderes sind als der Ausdruck der Angst und des mangelnden Vertrauens in die eigene Kraft.

Darum: stärkt eure Gewerkschaft, dann könnt ihr allen kommenden Kämpfen mit Vertrauen und Sicherheit entgegensehen.

A. K.

Reichsregierung ersucht, die Zollsätze für Molkereiprodukte, für Käse, sterilisierte Milch, Kasein usw. gemäß dem neuen Butterzollsatz neu zu regeln. Es dürfte nicht notwendig sein, hierzu lange Worte zu machen. Eine derartige Erhöhung des Butterzolls wird es mit sich bringen, daß hinfort die Butter zu den Seltenheitswerten auf dem Tisch der Arbeiterfamilien gehört.

Die Interessenten der Zuckerindustrie forderten eine Erhöhung des Zuckerzolls. Zugestanden wurde ein Zuschlag für die Monate Januar bis September in Höhe von 15 Pf. je Monat. Der Zuckerpreis dürfte sich damit um 1.— bis 1,50 Mk. für den Doppelzentner erhöhen.

### Was sind die Folgen?

Die Folgen dieser Zollerhöhungen kann man bereits voraussehen. Die landwirtschaftlichen Produkte werden allgemein im Preise steigen. Um die Preissteigerung vermindert sich die Lebenslage der Verbraucherseite. Da die Löhne der Arbeiter und Angestellten an sich nicht sehr hoch sind, so werden sie eine Kürzung nicht vertragen können. Die Gewerkschaften werden also notgedrungen dazu übergehen müssen, Lohnhöhungen zu beantragen. Wenn dadurch die Wirtschaft beunruhigt wird, so müssen die Gewerkschaften dafür die Verantwortung ablehnen. Aber auch noch Schäden allgemeiner Natur sind mit diesen Zollerhöhungen für Lebensmittel verbunden. Im internationalen Staatenverkehr herrscht das Prinzip: Wenn du nehmen willst, so gib! Sehr gute Abnehmer deutscher Industrieprodukte sind die Länder, von denen wir unsere fehlenden landwirtschaftlichen Produkte beziehen. Hier kommen vor allem Holland, Dänemark, Finnland und Frankreich in Betracht. Diese werden es natürlich ablehnen, deutschen Industrieprodukten die Tore zu öffnen, wenn ihnen die Einfuhr von Agrarprodukten erschwert wird. Die Folgen werden also Zollkämpfe und Zollerhöhungen auf der Gegenseite sein. Der Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages wird auf den St.-Nimmerleinstag verschoben. Die Erhöhung der Agrarzölle wird im Gefolge haben, daß die günstige Entwicklung der deutschen Fertigwarenausfuhr unterbunden wird. Wir halten es für notwendig, mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß weitere Experimente auf diesem Gebiet nicht mehr gemacht werden dürfen. Schließlich ist ja der Rücken der Verbraucher nicht für alles gut genug.

### „Der Steinarbeiter“

unser wöchentlich erscheinende Verbandszeitschrift, ist der Kamerad jedes Verbandsmitgliedes. Aus Kameradschaft entwickelt sich bestmöglichst sehr oft Freundschaft, deshalb ist es auch zu verstehen, daß der „Steinarbeiter“ für einen großen Teil der Verbandsmitglieder ein gern gesehener Freund ist, auf dessen Erscheinen man wirklich wartet und mit dem man sich gern ein oder zwei Stündchen unterhält. Manchmal nimmt auch die Frau eines Kollegen an dieser Unterhaltung teil, und je mehr man die Frau zu dieser Unterhaltung heranzieht, desto lieber wird ihr das. Je größer nun die Zahl

der Freunde wird, desto freudiger erscheint der „Steinarbeiter“ und desto mehr bemüht er sich, Anregendes, Mütziges und Aufklärendes zu erzählen. So sind die Auswirkungen von einem aufs andere und so soll es auch sein.

In 82 000 Exemplaren wandert augenblicklich „Der Steinarbeiter“ wöchentlich hinaus und harrt nun der Verbreitung in den einzelnen Orten. Wo nun der Zeitungsempfänger samt dem örtlichen Vorstand nur ein oberflächlicher Kamerad des „Steinarbeiter“ ist, da fehlt es natürlich an der schnellen und prompten Verbreitung und die Zahl der aufrichtigen Kameraden resp. Freunde des „Steinarbeiter“ nimmt an diesen Orten eher ab als zu. Im Hinblick auf die Aufgaben und das Ziel unserer gewerkschaftlichen Organisation, in denen unsere Verbandszeitschrift verankert ist, bedeutet ihre teilweise lässige Verbreitung ein Hindernis. Im Verbands-Geschäftsbericht auf Seite 212 wird darüber folgendes geschrieben:

Seit 1. 1. 1929 ist der Blattschluß bereits Sonnabend früh (vormontag). Durch diese Maßnahme erfolgt der Druck und Versand einen Tag früher, denn es war ein mißlicher Zustand, daß teilweise am Erscheinungstag (Sonnabend jeder Woche) die Zeitung nicht in die Hände der Mitglieder gelangte. Jede Ortsverwaltung muß die Zeitungsverbreitung so organisieren, daß jedes Mitglied wöchentlich seine Zeitung erhält. Unhaltbar ist aber, wie es in einzelnen Orten heute noch gehandhabt wird, wenn die Zeitung mit dem Beitragskassieren aller zwei Wochen den Mitgliedern ausgehändigt wird. Da muß örtlich ein Weg gefunden werden, um die wöchentliche Zustellung zu ermöglichen. Wir wissen die Schwierigkeiten wohl zu schätzen, aber sie sind überwindbar, und was die eine Zahlstelle kann, können mit einigermaßen gutem Willen auch die anderen.

Hier wird mit wenigen Worten eindringlich gesagt, wo es fehlt, Gewiß findet in der Mehrzahl der Orte die wöchentliche Verbreitung statt, es muß jedoch in allen Orten ohne jede Ausnahme so gemacht werden. Wo ein Wille ist, findet sich auch ein gangbarer Weg. Man muß allerdings den „Steinarbeiter“ so einschärfen und so zu ihm stehen, wie eingangs erwähnt, und im allgemeinen ist es im täglichen Leben doch so, daß man für einen Freund auch ein Opfer bringt, indem man ihn an die Stelle oder an das Haus begleitet, wo er allein sich nicht hinfinden kann.

Das Vorstehende soll eine Anregung sein, sie verdient beachtet zu werden, und wenn beim Versuch zur Verwirklichung Schwierigkeiten eintreten und mit flehentlichen Worten die Schwierigkeiten künstlich größer gemacht werden, wie sie in Wirklichkeit sind, dann, du aufrichtiger Freund des „Steinarbeiter“, sage zu dem, der das auch werden soll:

„Gib, Leser nicht so scharf auf alle Fehler acht, denn niemals ist ein Blatt und der, der es gemacht, von allen Fehlern freigewesen.“



# Das Berufsausbildungsgezet vom Reichsrat verabschiedet

Der Entwurf eines Berufsausbildungsgezetes ist im Reichsrat am 2. Juli verabschiedet worden. Sieben lange Jahre hat dieser Entwurf gebraucht, bis er reichstagsreif wurde. Diese sieben Jahre merkt man ihm aber auch an: zerschunden und gerupft trägt er wenig Lebenskraft in sich. Wird man ihm im Reichstag ganz zu Tode schänden? — Schade wäre es nicht darum.

Ein Berufsausbildungsgezet kann gewiß etwas Großes und Gutes sein, wenn es mehr ist als ein Zusammenscharen von Paragraphen und Ideen, die seit dem Mittelalter in Zünften und Regierungskollegien herumirren. Es müßte die Zeichen der Zeit in sich tragen, den Geist der neuen Wirtschaft, des neuen Staates, des neuen Rechts, des freien und gleichen Menschen. Nichts von alledem. Was will es befehlen, wenn der Staat seinen Lebens- und Gestaltungswillen nur so schwach fundiert in einem Gezet, das sich an die Lebenssprudelnde, staatswerdende Jugend wendet? Würde nicht der Geist von Weimar aus jeder Zeile hervorströmen, der Wille zu Neuem und Großem?

Was bringt der Gezetentwurf Neues? Er überläßt die Regelung des Lehrlingswesens nicht mehr allein dem Arbeitgeber und dem Erziehungsberechtigten des Lehrlings, sondern der Staat als Vertreter der Interessen der Allgemeinheit schiebt sich ein. Aber das Berufsausbildungsgezet ist kein Lehrlingsgezet, sondern ein Gezet für Lehrlinge und Jugendliche schlechthin. Darin besteht die eigentliche Neuheit. Alles andere ist Aufguck alter Bestimmungen und bewußte Unterdrückung gewerkschaftlicher Forderungen, gesteigert bis zur Unehrllichkeit. Wir wollen heute nicht auf die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs eingehen, sondern nur zwei Punkte herausgreifen, die schon allein das Gezet für die Gewerkschaften unannehmbar machen.

Da ist zunächst die Regelung des Lehrvertrages. Bisher lag sie den Lehrherren und Zünften ob. Daneben aber bestanden auch erfreuliche Ansätze der tarifvertraglichen Regelung des Lehrlingswesens, die auch in der Begründung zum Gezetentwurf mit folgenden Sätzen anerkannt werden:

„Man wird im allgemeinen nicht bestreiten können, daß die Regelung des Lehrlingswesens durch Tarifvertrag in den letzten Jahren vielfach zweckmäßig gewesen ist und mancherlei Gutes geschaffen hat. Nur auf diesem Wege ist es bei den Mängeln und Lücken des geltenden Rechts gelungen, in zahlreichen Berufen und Berufsgruppen, die bisher einer planmäßigen Ordnung des Lehrlingswesens überhaupt entbehrten, wenigstens bis zu einem gewissen Grade Ordnung und Planmäßigkeit zu schaffen, die Lehrlingszahlen in ein richtiges Verhältnis zur Zahl der erwachsenen Berufsgenossen zu setzen, einigermaßen ausreichende Lehrlingsentlohnungen einzuführen und den gesamten Berufsstand mit der Frage des Nachwuchses zu beschäftigen.“

Wichtig ist die tarifvertragliche Regelung. Man sollte meinen, daß nach solcher Anerkennung der Wirkung der tarifvertraglichen Regelung des Lehrlingswesens der Gezetentwurf sich bemühen würde, diese erfreuliche Entwicklung weiterzutreiben. Aber weit gefehlt. Die Gewerkschaften bekommen einen fühlbaren Fußtritt: „Künftig geben die den gesetzlichen Berufsvertretungen durch den vorliegenden Entwurf zugeordneten Zuständigkeiten so weit, daß sie den gesamten Inhalt und die Form des Lehrvertrages mit bindender Kraft festlegen können. Soweit sie den Lehrvertrag nach Inhalt und Form ausreichend geregelt haben, bleibt kein Raum mehr für eine tarifvertragliche Regelung.“ Und der bewußte § 24 lautet:

„Ueber den Inhalt des Lehrvertrages können Vereinbarungen getroffen werden, soweit nicht zwingende Vorschriften des Reichsrechts entgegenstehen oder Anordnungen, die auf Grund dieses oder eines anderen Reichsgezetes erlassen sind, sie ausdrücklich ausschließen. Die Anordnungen können jedoch Vereinbarungen nicht ausschließen, die zwischen den Parteien des einzelnen Lehrvertrages getroffen werden und eine Verringerung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Lehrlings enthalten.“

Mit der Durchführung dieser Bestimmung wäre mit einem Schlage jede tarifliche Regelung der Lehrverhältnisse außer Kraft gesetzt. In der Zeit der Kollektivverträge eine ganz respektable Leistung des Herrn Curtius und seiner Berater.

Was gelten die paritätischen Ausschüsse? Als zweite patentierte Neuigkeit enthält der Entwurf die sogenannten „paritätischen Ausschüsse“. Sie erhalten ihre Wirksamkeit und Unwirksamkeit durch die §§ 69, 75 und 77. „Die gesetzlichen Berufsvertretungen üben die ihnen durch dieses Gezet übertragenen Aufgaben und Befugnisse... auf der Grundlage und im Rahmen der Beschlüsse besonderer Ausschüsse aus.“ (§ 69.) In unser geliebtes Deutsch übertragen, heißt dieser merkwürdige Satz, daß die gesetzlichen Berufsvertretungen alles, die „paritätischen“ Ausschüsse praktisch nichts

zu sagen haben. Denn nach § 75 liegt die Führung der laufenden Geschäfte der Ausschüsse und die Durchführung ihrer Beschlüsse den gesetzlichen Berufsvertretungen ob und sämtliche Anordnungen auf Grund des Gezetes ergehen im Namen der gesetzlichen Berufsvertretungen.

Also paritätische Ausschüsse hin, paritätische Ausschüsse her, ihre Bedeutung für die Arbeitnehmer ist gleich Null. Daran ändern auch die Bestimmungen des § 77 nichts, im Gegenteil, sie bestärken den aufmerksamen Leser in der Auffassung von der Unehrllichkeit des Gezetentwurfes. Aus § 69 liest man heraus, daß die paritätischen Ausschüsse über Inhalt und Form des Lehrvertrages, Dauer der Lehrzeit, Höchstzahl der Lehrlinge, Höhe des Entgelts und über Urlaub und Ferien zu befinden haben. Im § 77 aber heißt es: „Die gesetzlichen Berufsvertretungen können zur Durchführung ihrer Aufgabe aus diesem Gezet Anordnungen und Maßregeln treffen.“ Dann folgt die Aufzählung der eben genannten Aufgaben. Im ganzen Gezetentwurf wird peinlichst vermieden, den Ausschüssen klipp und klar zu sagen: „Ihr habt überhaupt keine eigenen Rechte!“ Und doch wird es in der Begründung ausgesprochen, nämlich, daß die paritätischen Ausschüsse nur als Organ der gesetzlichen Berufsvertretungen zu betrachten sind.

Also der paritätische Ausschuß ist nur ein untergeordnetes Organ der Unternehmerkammern. Die Geschäftsführung der Ausschüsse, die Festsetzung ihrer Tagesordnung und die Durchführung ihrer Beschlüsse obliegt den Kammern. Bei jeder Abstimmung muß die Zahl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich sein; bei ungleicher Zahl haben von der stärkeren Seite die jüngsten Mitglieder auszuscheiden. Bei Abstimmungen über die Festsetzung der Höchstzahl der Lehrlinge, der Dauer der Lehrzeit, des Entgelts, des Urlaubs und der Ferien muß auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite je eine Mehrheit vorhanden sein, und die Beschlüsse bedürfen der Genehmigung der obersten Landesbehörde. Ja, diese Behörde ist auf Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Ausschusses berechtigt, die Genehmigung zu widerrufen und die Anordnungen über Entgelt, Urlaub und Ferien außer Kraft zu setzen.

Das alles trägt die Ueberschrift Parität und Selbstverwaltung. Dabei ist es weiter nichts als eine ganz bedeutende Machterweiterung der gesetzlichen Berufsvertretungen, also der Unternehmerkammern, eine Brückierung der Gewerkschaften und geradezu strafbare Vergewaltigung des Artikels 165 der Reichsverfassung. Und das im zehnten Jahre der Weimarer Verfassung.

Nur eine Stimme erhob sich dagegen. Leider hat der Reichsrat, und damit auch die Länder, dem Gezetentwurf seine Zustimmung erteilt. Eine einzige Stimme erhob sich dagegen. Der hamburgische Bevollmächtigte zum Reichsrat, Senatsrat Genosse Bauer, gab folgende Erklärung für seinen Senat ab:

„Die in den hamburgischen Anträgen empfohlene Urlaubsgewährung für Jugendliche, ferner die gewünschte Bevorzugung der tariflichen Regelung des Lehrverhältnisses gegenüber derjenigen durch das Gezet und die gesetzliche Berufsvertretung, endlich die Sicherung der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeitnehmer bei der Durchführung der Beschlüsse der paritätischen Ausschüsse, haben eine Berücksichtigung nicht gefunden. Hamburg hält jedoch diese Fragen für besonders wichtig. Nachdem ihre Regelung im Sinne der hamburgischen Anträge abgelehnt ist, sind die Fortschritte des vorliegenden Gezetentwurfes gegenüber dem bisherigen Rechtszustand nicht hinreichend, um ein neues großes Gezeswerk, wie es der vorliegende Entwurf darstellt, zu rechtfertigen. Hamburg muß daher seine Zustimmung zu dem Gesamtentwurf verweigern.“

Nun hat der Reichstag das Wort! Er wird den Gezeteschuftern hoffentlich die richtige Antwort erteilen.

In den Orten mit einem solchen Erzeugnis!

## Der Riesenbetrieb eines Arbeitsgerichts

Mehr als 1½ Jahre ist das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft. Nunmehr läßt sich ein Ueberblick gewinnen, wie sich dieses größte und bedeutendste Gezet des Arbeitsrechts ausgewirkt hat. Das Berliner Arbeitsgericht stellt naturgemäß die größte Behörde dieser Art vor. Ueber die Entwicklung des ersten Volljahres vermitteln folgende Angaben ein übersichtliches Bild:

Die Zahl der Instanzkammern hat sich im Jahre 1928 von 32 auf 47 erhöht. Es bestanden 27 Kammern für Arbeiter, 18 für Angestellte, 5 Kammern des Handwerksgerichts, 1 Kammer der Arbeiter und Angestellten der Land- und Forstwirtschaft und 1 Reichsbahnkammer, 36 Vorsitzende und 28 stellvertretende Vorsitzende walteten ihres Amtes. Von den im Berichtsjahre anhängig gemachten 59 706 Urteilsverfahren entfielen 57,9 v. H. auf allgemeine Arbeiterstreitigkeiten, 31,3 v. H. auf Angestellten- und 10,8 v. H. auf Handwerksstreitigkeiten.

Freiheit gewöhnt sind, nicht vergewaltigen! Ich muß als Dirigent erfahrungsgemäß bestätigen, daß meine Sängerkollegen „Rummer“ besser sind als mit dem ungewohnten „Vatermörder“.

Der Höhepunkt meines Wirkens im Kreis meiner Sängerkollegen war die Feier der Zahlstelle Beucha anlässlich ihres 30. Stiftungsfestes. Anfang Mai dieses Jahres. Künstler von Ruf bestritten mit meinem Chor das Festprogramm. Eine umfangreiche Festschrift mit zahlreichen Aufnahmen aus dem Beuchaer Bruchgebiet, — auch die Sängerkollegen sind verewigt, — gibt näheren Aufschluß. Die Zahlstelle Beucha wird die noch übriggebliebenen Festschriften zum Preise von 1 Mark pro Exemplar an die Zahlstellen des Steinarbeiterverbandes versenden und bittet um gefällige Annahme.

Was mich bewegen hat im „Steinarbeiter“, dem ich manche Förderung verdanke, darüber etwas zu schreiben, ist der Wunsch: Gründet überall in den Zahlstellen eigene Steinarbeiterchöre und stellt eure Kunst in den Dienst der Gewerkschaft! Nehmt Kühlung zueinander. Meine Beuchaer waren im vorigen Jahre in Demitz-Thumitz; dieses Jahr fahren wir in die Lausitz, wo am 20. August in Taubenheim ein Konzert stattfindet, und nächstes Jahr geht's nach Bayern, wenn die Kollegen dort Freiquartiere gewähren.

Steinarbeiter haben von jeher gern gesungen. Sie sind bildungsstärker und bieten infolge ihrer natürlichen Veranlagung auch die Gewähr für eine künstlerische Entwicklung. In erster Linie aber gilt es, die Chöre reifzumachen für den eigenen Bau. Darum nochmals: Schafft überall in euren Zahlstellen „Steinarbeiterchöre“, sie werden euch und den Zahlstellen und letzten Endes unserem Verbandsfreude machen. Wie wär's mit einem Zusammenreffen aller bestehenden Steinarbeiterchöre Deutschlands in fünf Jahren? Bis dahin kann viel geschehen. Frisch auf ans Werk!

Arno Kapp, Leipzig, Dirigent des Arbeiterchores zu Beucha.

## Der Alte vom Humboldthafen

Das Tempo der Riesenstadt ist ein anderes geworden, aber innerhalb der Grenzen seines Königreiches, das von den Raimauerböschungen und angrenzenden Straßen begrenzt wird, ist es daselbst geblieben.

Auch er ist immer derselbe geblieben.

So meint er, so sagen auch andere.

Wie vor 40 Jahren, so schläft er auch heute noch, ganz gleich, ob Sommer oder Winter, unter der schmalen, hohen, von allen Seiten offenen Granittreppe, die vom Straßenterrain, seitlich der Raimauer herunter zum Fahrbaum führt, auf dessen hartem Koppflaster die Wagen rollen. Zusammengekauhtes Stroh oder Holzwolle, einige alte Säcke oder Decken, irgendein gefundener zerlumpter Rod, das ist sein ganzer Hausrat. Keiner stört ihn auf seinem Lager, kein Schutzmann, obwohl ihn jeder dort kennt — und keine der Straßenschönen, die dort allnächtig ihre würdigen oder unwürdigen Opfer in die entlegensten und verschwiegensten Winkel

Der allergrößte Teil der Streitigkeiten, nämlich 56 809 entfällt auf die Sparte der Arbeits- und Lehrverhältnisse. Unter sucht man die Art der Erledigung der Urteilsverfahren, so fällt in die Augen, daß 28,3 v. H. zu einem Vergleich im Güteverfahren und 15,9 v. H. zu einem Vergleich in freierem Verfahren führten. 44 v. H. aller Verfahren wurden also durch Vergleich erledigt. Auf die Versäumnisurteile entfällt die hohe Ziffer von 21,1 v. H. Verzicht, Anerkennung und Zurücknahme der Klage machen 16,1 v. H. der Fälle aus. Auf andere Endurteile kommen 16,5 v. H. der Fälle. In 36,1 v. H. der Rechtsstreitigkeiten fand eine Zurücknahme der Klage statt. Die Zahl der Vergleiche bei den einzelnen Berufsgruppen war verschieden. Die höchste Anteilziffer und zwar 57,4 v. H. hatte die Kammer für Handwerker für Nahrungsmittel und Reinigung, dann folgen die Streitigkeiten der Hausgehilfen mit 56,0 v. H. Bei den Handwerksfällen macht die Erledigung der Streitigkeiten durch Vergleich 42 v. H., bei den Arbeitersachen 40 v. H. und bei den Angestelltenkammern 38 v. H. aus. In den „Berliner Wirtschaftsberichten“, denen wir diese Angaben entnehmen, wird die hohe Anteilziffer bei den Vergleichen für die Hausangestellten und die Arbeitnehmer des Kleingewerbes darauf zurückgeführt, daß für diese Arbeitergruppen eine gesetzliche Betriebsvertretung fehlt, so daß jede Streitigkeit, ohne erst die Instanz der Betriebsvertretung durchlaufen zu müssen, unmittelbar vor das Arbeitsgericht gebracht wird. 63,6 v. H. aller Streitigkeiten haben bis zur Erledigung eine Zeit bis zu einem Monat gebraucht. Nur 5,1 v. H. währten 3 Monate und länger. Zieht man den Wert des Streitgegenstandes in Betracht, so beträgt dieser in 55,8 v. H. Fällen bis zu 100 Mark; auf über 100 bis 300 Mark entfallen 25,6 v. H. und auf solche über 300 Mark 18,6 v. H. der Fälle. Die Instanzspruchnahme der Kammer ist sehr verschieden. An der Spitze befinden sich die kaufmännischen Angestellten mit 11 521 Fällen, dann folgen Hausgehilfen mit 5210, Arbeiter in Betrieben für Beherbergung und Erquickung mit 4703, Arbeiter der Metallindustrie mit 4615, Arbeiter für das Baugewerbe mit 4268 usw.

Die obigen Angaben zeigen, wie unendlich die Zahl der Fälle ist, wo es im Arbeitsverhältnis zu Rechtsstreitigkeiten kommt, die zuletzt vor dem Arbeitsgericht entschieden werden müssen. Man stelle sich einmal vor, wie hilflos die Arbeiter und Angestellten dastehen würden, wenn ihnen das Arbeitsgericht nicht zur Seite stände. Riesensummen würden den Arbeitern und Angestellten entzogen, die ihm so erhalten bleiben. Das Arbeitsgerichtsgesetz ist die Frucht einer langjährigen gewerkschaftlichen Tätigkeit. Das sollten die Arbeiter nie vergessen, wenn sie die Räume eines Arbeitsgerichts betreten. Die durchweg guten Erfolge vor dem Arbeitsgericht sind nicht zuletzt auf die geschickte Vertretung durch die Gewerkschaftsangeestellten zurückzuführen.



## AUS DEN ZAHLSTELLEN FÜR DIE ZAHLSTELLEN

### Gesperri:

1. Gau NO: Heiligenbeil für Steinseher, Ortsansässige werden nicht eingestellt, weil sie dem Verbandsangehörigen. — Stettin: Firma Max Görsch. Die Firma umgeht die tariflichen Verpflichtungen.

2. Gau. In Ohlau für Steinmehlen die Firma Herleb.

4. Gau. In Osterholz die Betriebe der Oberfirchner Sandsteinbrüche, A.-G. — Wegen Nichtabführen der Wohlfahrtsbeiträge sind folgende Steinseher im Innungsbezirk Gera gesperrt: Kurt Böhmann, Meuselwitz; Albin Müller, Görlitz bei Hirschberg; Fiedler und Tröger, Weida; Karl Hoffmann, Börsdorf; Hermann Wiegand, Greiz; Wilhelm Wiegand, Greiz; Richard Fiescher, Zeulenroda; Kurt Neupert, Greiz.

5. Gau. In Schüren der Betrieb Fa. Karl Lachse für Steinarbeiter. — In Dortmund die Betriebe für Graßmal- und Bausteinmehlen.

### Streit:

2. Gau. In Breslau außer bei der Firma David u. Schubert in sämtlichen Marmorbetrieben.

3. Gau. In Wildschütz (Bezirk Wurzen—Grimma) bei der Fa. Kirchoff u. Wolf, Pflastersteinindustrie.

Zur Beachtung: Von Sperrern usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen. Sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

## Schafft eigene Arbeiterchöre in den Zahlstellen des Steinarbeiterverbandes

Mit allen Mitteln versucht heute das Unternehmertum die Arbeiterchöre abzurufen vom gewerkschaftlichen Zusammenschluß, denn man fürchtet eine starke Gewerkschaft, die ihre Aufgabe darin erblickt, dem Arbeiter bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Und so sehen wir heute bereits, wie verschiedene Unternehmer Mittel und Wege versuchen, die Arbeiter durch Gründung von Betriebsvereinen, Betriebsgesangsvereinen usw. ihrer Gewerkschaftsorganisation zu entfremden. Der Unternehmer, der sonst in den Tarifverhandlungen um jeden Pfennig Lohnerhöhung erbitterte Kämpfe liefert, stellt diesen von ihnen propagierten Betriebsvereinen reichliche Mittel zur Verfügung. Er liefert den Treß und die Fußballschuhe, kauft Noten für den Gesangsverein, mietet das Klavier und bezahlt den Dirigenten. Bei festlichen Gelegenheiten gibt's Freibier. Und die Absicht? Man will die Arbeiterchöre unfähig machen für den gewerkschaftlichen Kampf. Daß Arbeiter, die sich mehr von Unternehmern gegründeten Vereinen anschließen, nicht mehr den Mut aufbringen können, mit Nachdruck ihm gegenüber ihre Rechte zu verteidigen, ist wohl jedem einleuchtend.

Und braucht der Arbeiter die finanzielle Unterstützung seines Arbeitgebers, um Sport treiben oder vielleicht den Gesang pflegen zu können? Ich antworte mit „Nein!“ Seit einer Reihe von Jahren dirigiere ich neben einer Reihe anderer Arbeiterchöre den Arbeiterchor in Beucha, dessen Brüche das Material zum Bau des Bäckerschlachdenkmalts geliefert haben. Meine Sängerkollegen sind zu 95 Prozent Steinarbeiter, die mit großer Liebe und Begeisterung an ihrem Chöre hängen. Hier lernen sie die Lieder, die sie brauchen. Zum Geburtsstage des Kollegen, zur Silberhochzeit oder zum Begräbnis singen die Sängerkollegen ihre Pflichtstücken. Maifeier und Gewerkschaftsfest sind in Beucha ohne den Arbeiterchor nicht denkbar. Und trotzdem bleibt noch Zeit übrig, in eigenen Konzerten, den Verein aufs Podium zu stellen. Alljährlich veranstalte ich zwei öffentliche Konzerte in Beucha, an denen namhafte Künstler vom Leipziger Gewandhaus oder Theater mitwirken. Auch der in ganz Deutschland bekannte Arbeiterchor Dirigent Paul Michael, der Leiter der Massenchöre zum 1. Deutschen Arbeiterkongress in Hannover, war mit seinen beiden großen Leipziger Chören bei meinen Beuchaer Sängern bereits zu Gast.

Das Verhältnis zwischen mir und meinen Sängern ist im Laufe der Jahre ein recht herzliches geworden. Schuld daran trägt die Inflation. Als ich in dieser Zeit mit anderen „Kopparbeitern“ am Hungertuche nagte, waren es meine Beuchaer Sängerkollegen, die für ihren Dirigenten Kartoffeln und Brot verschorgten. Finster die Nacht, — das Feld nicht weit —! Gemeinsame Not verbindet nun einmal!

Die Steinarbeiter sind ein eigenes Völkchen. Auch die Beuchaer Arbeiterchöre haben ihre Eigenheiten. Sie singen nicht im „Bratenrod“ und mit weißer Binde, sondern stehen in Hose und weißem Hemd auf dem Konzertpodium. Man soll Rehlen, die die

locken und schleppen. Nur manchmal ein frei herumstrolchender Roter beehrt ihn in jener Art, wie er sich von Zeit zu Zeit den Bäumen und anderen Gegenständen gegenüber verpflichtet fühlt, wenn er der Meinung ist, daß die städtische Wasserversorgung sie nicht genug besprengt. Doch der König des Hafens fährt nicht einmal vom Schiffe empor, wenn ihm diese besondere Gnade zuteil wird; er schläft weiter, den wohlverdienten Schlaf des Gerechten.

Ob für oder wider ihn, die Stunde der Reinlichkeit — deren striktester Diener er ist — regelt ja am nächsten Morgen alles wieder aufs beste, denn auf Toilette legt er großen Wert. Bierbeine, springende, kulturwidrige Wesen duldet er nicht in seinem Nachbereich. Seine Augen sind noch scharf und geübt um detarierte Uebelthäter zu entdecken und ihnen den Garaus zu machen. Ist er doch seine eigene Polizei und bei seiner strengen Auffassung von Schuld und Sühne ist die Zahl der Todesurteile, die er fällt, ehe er seine eigentliche Tagesarbeit beginnt, erschreckend hoch, aber das strenge Regiment bringt auch Ordnung in seine Hausverwaltung. „Strafe muß sein!“ sagt er.

Im Sommer geht so sein Leben einen geregelten Gang. Im Winter aber ist er manchmal der Staatsgeschäfte müde und er verlagert sie dann auf längere Zeit auf irgendeine schöne, warme Stunde, wo er der Sonne wieder seinen königlichen Leib preisgeben kann. Dann aber beginnt ein großes Hinrichten. Ein Hinrichten, das selbst jenes von Verden an der Aller — wo, wie die Chronik berichtet — Karl der Große 4000 Sachsen enthaupten ließ — weit hinter sich läßt. Denn dieser König ist wie Gott: Langmütig und von großer Erbarmung. Wenn er aber sein Strafgericht beginnt, dann ist es wie das jüngste Gericht; nur die Boshaften fehlen. Dafür aber senden seine Augen fürchtbare Blicke herab auf die Uebelthäter und ob Flohliebste oder Laufekönig, im Tode sind sie alle gleich.

Bei Tage inspiziert er sein Reich, das ist wahllos im Ber-schenken. Trodenes Holz, das sich immer wieder irgendwo findet, hebt er auf mit königlich ruhiger Gebärde, um es irgendwo — er ist sein eigener Großkaufmann und Bankinhaber — wieder zu verkaufen. Wenn es herumliegen würde — ja, daran können sich seine an Ordnung gewöhnten Augen nicht gewöhnen, darum hebt er es auf und verkauft es. Dies ist sein bestes und größtes Geschäft, dem er alle Tage nachgeht.

Da er sich noch keine eigene Brennerei und Brauerei für seinen Staatshaushalt zulegen konnte, legte er seine Ätten beim nächsten Schantwirt an. Aber auch zum Bäcker und Schlächter geht er oft hinein und was der Tag oder der Vortag übrig ließ, ihm ward es aufgehoben. Von all den Würsten der „Sehnte“, in seiner Schürze trägt er ihn heim. „Das muß so sein“, sagt er für sich, wenn ein Neugieriger mal erkaunt ist über solchen Reichtum.

Das alles aber entpringt außer seiner Würde — denn jede seiner Bewegungen ist Ruhe — seinem Holzhandel. Aber ehlich blieb er immer. Die Staatskunst seines Genossen Poincaré und seiner englischen Kollegen macht er nicht mit. Für diese Art Rollen hat er wenig Sympathie.

So blieb er sich immer getreu. Und das weiß jeder; darum ist er auch so angefahren bei allen. Sein gütiges, sich zu jedem herab-



**Verbandstreue.** In der Zahlstelle Bries, Schlesien, konnte am 15. Juli der Steiniger Karl Land in Tschoplowitz auf eine 25jährige ununterbrochene gewerkschaftliche Mitgliedschaft zurückblicken. Während dieser Zeit hat er jahrelang und wiederholt die wichtigsten Zahlstellenfunktionen ausgeübt. Gruß und Händedruck für die Verbandstreue.

**Zum Verbandstag.** Ist die Annahme, daß unser bis jetzt über 70 000 Mitglieder zählender Verband bei Einführung der Alters- und Invalidenversicherung zu einem bloßen Unterstützungsverein wird, richtig?

Diese Frage muß zweifelsohne zum kommenden Verbandstage geklärt werden. Die Artikel vom Kollegen Otto Ziesche (Sohland) und M. König (Kamina bei Baunzen) sind sachlich, besonders betreffs des Ausbaues der sozialen Versicherungen vom Staat aus. Die politische Zerrissenheit der Arbeiterschaft ist sicherlich ein Hemmschuh mit, daß die in absehbarer Zeit Besserung nicht erfolgt. Verfolge nun noch jeder Kollege den Artikel aus der Gewerkschaftszeitung Nr. 23, im „Steinarbeiter“ Nr. 26 so wird er finden, daß etwa 15 Verbände diesen Unterstützungsweig bereits haben resp. die Einführung beschlossen haben. Jeder Kollege wird doch einsehen können, daß diese bindende gewerkschaftliche Zusammenschluß gleichfalls Kampfschärfe trägt. Mit der Schlichtungsordnung ist wohl arbeitserweis niemand zufrieden, doch was würde wohl ohne diese sein? — Doch zumindest Lohnsenkung der wirtschaftlich schwächeren Arbeitergruppen! Die ungünstige Wirtschaftslage hält sicher noch lange Zeit an; es drängt sich da eben die Frage auf: Sibt eine Lohn-erhöhung jedesmal durch das letzte Mittel (dem Streik) zu erreichen? Diese Frage wird wohl mancher Kollege verneinen; bei günstiger Wirtschaftslage hingegen bejahen. Befolgt man noch den kürzlich in Frankfurt a. M. beendeten 14. Verbandstag der Buchdrucker, die diese Invalidenunterstützungseinrichtung seit über 30 Jahre besitzen, so kommt man doch zu der Überzeugung, daß bei einer eventuell notwendig werdenden Urabstimmung man doch für Einführung von Alters- und Invalidenversicherung stimmen soll.

Marktneukirchen i. S. Richard Steinel.

Anscheinend wird auf dem Verbandstag die Parole „für oder gegen“ Unterstützungsorganisationen eine Rolle spielen. Hierbei kommt in erster Linie in Betracht: Können die Beiträge noch wesentlich erhöht werden? Im Baugewerksbund werden höhere Beiträge bezahlt als bei uns, dort ist das Unterstützungsweesen bedeutend besser ausgebaut. Ich führe diesen Verband zum Vergleich an, weil die Arbeitsgelegenheit dort, was die Kollegen in den Städten betrifft, ziemlich der unsern gleich ist. Dort zählt der Hilfsarbeiter mit einem bedeutend geringeren Stundenlohn soviel Beitrag wie unsere gelerntten Berufskollegen. Seit dem Jahre 1925 ist dort die Invalidenunterstützung eingeführt. Alle Verbände, die wir zum Vergleich heranziehen könnten, im Baugewerbe noch die Dachdecker, Maler, Holzarbeiter, Zimmerer sowie der Fabrikarbeiterverband, haben diesen Schritt ebenfalls schon getan. Mit radikalen Mitteln — „der Staat soll für die Invaliden aufkommen“ — ist allein nichts getan. Wenn die deutsche Arbeiterschaft politisch nicht so zerrissen wäre, dann wäre die Staatshilfe eher in greifbare Nähe gerückt. Bei der Reichstagswahl 1928 haben SPD und KPD allein 42 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Wenn die Trennung nicht wäre, könnte mit einer Anstrengung die Majorität in unsern Händen sein! So müssen wir vorläufig als Gewerkschaft versuchen, das Los der invaliden Kollegen etwas zu erleichtern. Kollege Siebold hat im Jahre 1906 auf dem Verbandstag in Nürnberg den Satz geprägt: „Wir im Steinarbeiterverband sind gewöhnlich erst beim letzten Augenblick, wenn andere Leute schon essen.“ Dieses wurde bei Einführung der Krankenunterstützung gesprochen und dürfte bei der Invalidenunterstützung wiederum zutreffen. Der Vorschlag des Kollegen Wolf (Marienberg) schließt jedoch weit über das Ziel hinaus, eine solche Beitragserhöhung ist schon mit Rücksicht auf die schlechtesten Lohngebiete nicht tragbar. Wenn die Invalidenunterstützung eingeführt wird und die schon bestehenden Einrichtungen etwas besser den Wünschen der Kollegen angepaßt werden sollen, ist eine Erhöhung des Beitrages nicht zu umgehen, darüber müssen wir uns klar sein. Es dürfte auch ebenfalls zutreffen, daß die Zentralkasse nicht jeden Winter solch einen Aderlaß über sich ergehen lassen kann wie wir auch nicht jedes Jahr einen Streik zu führen haben wie den im Sittlegauer Gebiet, der ebenfalls große Summen aufbraucht. Diese beiden Vorgänge dürften als anormal angesehen werden. — Der Ruf: „Nur Kampfsorganisation“ dürfte wohl mit einer gewissen Beitragsmüdigkeit oder auch Beitragscheu zusammenhängen. Die Gesinnung dieser Kollegen in allen Ehren. Dieses war schon früher so. Damals kamen viele Kollegen

neigendes Wesen trägt aber sicher nicht den kleinsten Teil zu seiner Volkstümmlichkeit bei.

An Gott „glaubt“ er nicht so recht. „Kann sind — kann auch nicht sind“ — sagt er, aber auf die Bibel darf keiner schimpfen. Christus verehrt er sehr, „der war so wie ich!“ der hat schon auf ihn hingewiesen, denn wen konnte er anders gemeint haben als ihn, wie er die Worte ausspricht: „Sie säen nicht, sie ernten nicht und euer himmlischer Vater ernährt sie doch!“ Die da arbeiten, verachtet er. Er hat es nie begriffen können: „Wie kann ein Mensch so dumm sind,“ so sagt er sich oft, aber zusehen, meint er, könne er stundenlang.

Manchmal kommen auch Kohlen-, Aepfel- und Kartoffelkäthe. Da wird ihm immer der Tribut. Dazu kommt, das alles, was sich Da wird ihm immer der Tribut. Dazu kommt, das alles, was sich ausgekehrt, daß ihm ein anderes Individuum, das seine strafende Hand nicht erreichen kann, nicht alles wegkriecht.

Das Leben findet er schön; besonders im Sommer. Ich sprach mit ihm darüber.

Er ist schon an die 70 Jahre und die meisten seiner Freunde sind dahingegangen, wo auch die „Fürsichten und alle hohen Herren“ hingehen, wo wir alle wieder Kollegen sind!“ meinte er.

Manchmal aber finden sich noch einige alte Bekannte ein. Dann gibt's ein großes Freß- und Saufgelage und zerbrochene Gläser, Heringschwänze, Apfelreste und dergl. liegen wüst umher. Dann halt' herüber zum anderen Ufer das schöne Lied aus längst vergangenen Tagen, wo sie „unter den Linden“ noch berühmte und angestaunte Persönlichkeiten waren:

Du kannst mir mal für'n Sechser,  
Weil wir uns beide kenn'n,  
Zu Kränzen an der Ecke  
Nach Kuchenkrümeln renn'n.

Dann fühlen sie sich wieder jung, dann umhalsen sie sich und schwören sich Liebe und Treue, wie in der Jugendzeit und wenn sie das Lied singen: „O du Jugendzeit“, dann tollern dem Alten die Tränen herab.

Ein Weib hat man bei ihm noch nie gesehen. Er habe einmal eine Königin gehabt, sagte er, die war mit keinem Wesen der Welt zu vergleichen. Dagegen alles andere Mundervolk, ihr bleibt er treu. Ob sie sich aber ist treu geblieben, das weiß er nicht. Vor 30 Jahren sah er sie zum letztenmal, da haben sie ein richtiges Hochzeitsfest gefeiert. Nachher aber — viel später — wollen andere Kollegen sie gesehen haben, und zwar als eine ganz gewöhnliche „Straßenpennersche“ am Schlesißen Bahnhof. „Das arme Weechen“, hat er da gesagt, „es dauert nicht!“

Seit der Zeit ist er schwermütig. Fragt man ihn aber warum, — „das kommt von der Liebe!“ sagt er dann und „haben Sie keinen Sechser für mir!“ Er weiß, dann bekommt er was in seine Staatskasse und wird dazu den neugierigen Frager los.

Und so kommt's, daß sein Königreich noch heute besteht.

(Aus dem Buche „Kurzgeschichten“ von dem Steinmeyer B. Maertin.)

hauptsächlich von Südwärts der Alpen. Diese waren so radikal, daß ihr Radikalismus ihnen verbot, überhaupt Beiträge zu zahlen! Für Generalkstreiks haben diese als Kampfmagnahmen geschwärmt, und wenn jede Woche ein Generalkstreik proklamiert worden wäre. Nur hätte derselbe an einem Sonntage stattfinden müssen, damit sie keine Zeit dabei verloren hätten. Ja, solche gab es damals und ähnlich heute noch! Wenn wir unsere Einrichtungen zeitgemäßer ausbauen wollen, muß jedes Mitglied gewillt sein, in seinem eigenen Interesse Opfer zu bringen, damit dient er ebenfalls dem Gesamtinteresse aller Kollegen.

Freiburg i. Br. Jos. Droll.

**Sind unsere Arbeitsveteranen unterstützungsbedürftig?** Eine brennende und aufregende Frage unter vielen Kollegen ist die vorgeklagene Einführung der Invalidenunterstützung im Steinarbeiterverband. Es ist vielen Kollegen scheinbar noch nicht klar, daß mit diesem Schritt eine weitere soziale Tat geschehen soll. Wie waren denn die Verhältnisse früher, als das Versicherungsweesen noch nicht so ausgebaut war wie heute? — Einfach traurig für die Kollegen, sie waren damals den Krankheiten und der Unternehmervillwürf preisgegeben. Wie sah es für sie im Alter aus? Jeder war seinem Schicksal selbst überlassen! Gewiß ist nach jahrelangem Ringen des Proletariats um bessere Lebensbedingungen vieles erreicht worden. Durch das gesamte bestehende Versicherungsweesen ist die größte Not von vielen Familien abgewendet; doch damit ist aber unsere Aufgabe noch nicht gelöst. — Wollen wir weiter Glend verhindern, wollen wir unsern alten Kollegen, die jahrelang für unsere Organisation gestrebt haben, eine Unterstützung in ihren Ruhetagen sichern, dann müssen wir selbst die Initiative ergreifen und unermüdet für das Wohl der Allgemeinheit arbeiten. Wir kommen nicht zum Ziele, wenn wir alles dem Zufall überlassen oder wenn wir eine Besserung nur vom Staate erwarten. Die Invalidenunterstützung soll neben dem Zweck, wohltätig zu wirken, noch einen andern Charakter haben. Sie soll ein immer festes Band um die Mitglieder unserer Organisation schmieden. Wir brauchen unbedingt die Kraft jedes einzelnen Mitgliedes, um unsern Gegnern im Kampfe gewappnet gegenüberzutreten. Wir sehen täglich die schweren Kämpfe um Recht und Kultur vor Augen. Noch ist die Zersplitterung im Versicherungsweesen groß, für deren Aufrechterhaltung die Unternehmer sich auch weiter einsetzen. Von diesen Gehalten getragen, ist die Einführung der Invalidenunterstützung im Verband eine Notwendigkeit. Jeder Kollege möge seinen Teil dazu beitragen und für die Einführung wirken; denn das Solidaritätsgefühl muß auch die, die heute und in absehbarer Zeit noch nicht den Vorteil davon haben, in seinen Bann schlagen. Ich hoffe, daß niemand den guten Zweck der neuzuschaffenden Einrichtung verkennt, der auch für die Zukunft große Bedeutung hat. Den „prinzipiellen“ Gegnern von Unterstützungsorganisationen in den Gewerkschaften noch eins ins Stammbuch: Dieselben Einwände, die heute gegen die Einführung der Invalidenunterstützung gemacht werden, wurden bei andern Unterstützungsorganisationen genau so erwähnt. Die Entwicklung der Gewerkschaften hat aber bewiesen, daß die Verbände mit den besten Unterstützungsorganisationen auch prozentual zu den Beschäftigten die höchsten Mitgliederzahlen haben. Tausende von Arbeitern sind heute in Unterstützungskassen verschiedenster Art. Neben ihrer Mitgliedschaft in den Gewerkschaften halten sie die Mitgliedschaft in Vereinen aufrecht, ohne daß ihre Gesinnung sie dazu treibt, sondern nur, weil sie Unterstützungen erhalten. Sollten wir nicht versuchen, alle diese Arbeiter in den Gewerkschaften zu erfassen und ihnen das gleiche und noch mehr zu bieten? Wenn uns durch die Einführung der Invalidenunterstützung gelingt, die Fluktuation in der Organisation einzudämmen, dann machen wir sie ja widerstandsfähiger gegen alles. In diesem Sinne erfüllen wir dann auch wieder den Hauptzweck der Organisation, nämlich die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Unterstützungen sind, so gesehen, ja eigentlich nur Mittel zum Zweck. Wer das nicht begreift, der kennt nicht die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften und die heutigen Verhältnisse. Mancher Angriff der Unternehmer wird unterbleiben, wenn wir eine innerlich gefestigte und dadurch nach außen starke Organisation schaffen. Unser Kampf wird erleichtert! Darum, Kollegen, wer sich nicht von dem kleinsten Gefächspunkt der Beitragserhöhung juridisch scheitern läßt, der wirkt für die Einführung der Invalidenunterstützung im Steinarbeiterverband, von dem aus sich dann ein neuer Aufstieg anbahnen wird, zum Besten unserer Kollegen und der gesamten Arbeiterbewegung.

Runath, Würzburg.

**Gautonferenz NW.** Am 29. und 30. Juni tagte in Hamburg die Gautonferenz, sie wurde vom Kollegen Aug. Gödemeyer mit einer Begrüßung der Delegierten und des Vorstandsvorsitzers eröffnet. Als Konferenzleitung wurden gewählt die Kollegen C. Neumann und Trau als Vorsitzende, Gohmann und Tieseler als Schriftführer. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Gauleiters und Aussprache hierüber, 2. Die Aufgaben des Verbandstages in Berlin, 3. Aussprache und Begründung der Anträge, 4. Nicht erledigte Anträge. Kollege Gödemeyer berichtet zunächst über die Agitation und Mitgliederbewegung. In der Hauptache liegt sein Tätigkeitsfeld in den ländlichen Bezirken und Kleinstädten, recht unbefriedigend sieht es in Greifswald und Demmin mit der Organisation aus, in einigen Mecklenburger Orten ist es nicht besser. Auf Grund dieser Glaubhaft ist es nicht verwunderlich, daß in Güstrow und Bülow in den Granitschleifereibetrieben die Unternehmer Lohnabzug vornehmen können. — Durch das Abkommen mit dem Baugewerksbund ist in fast allen Zahlstellen eine vermehrte Agitation nötig, vor allen Dingen müssen sich die Zahlstellen und Kollegen aus sich selbst heraus mehr rühren. Im Dezember 1928 waren im Gau 69 Zahlstellen mit 4810 Mitgliedern vorhanden, zur Zeit haben wir schon 72 Zahlstellen im Gau. Zur Lohn- und Tarifbewegung sagt der Berichterstatter, daß überall, wo wir Mitglieder haben, durchweg mit Erfolg verjucht wurde, Lohnstarife abzuschließen. Mangelhaft ist es noch in den Kleinstädten im Grabmal- und Marmor-Gewerbe, hier wird es notwendig sein, einen Reichstarif zu schaffen, der zu Bezirkstarifverträgen verpflichtet. — Die Lohnhöherungen betragen im Steinmetz- und Marmorgewerbe 14 bis 25 Prozent, Pflaster und Schotter 12 bis 23 Prozent, Straßenbau 16 bis 22 Prozent und in den Granitschleifereibetrieben 12 bis 14 Prozent, an diesem niedrigen Prozentsatz in den Granitschleifereibetrieben hat die mittel- und süddeutsche Konkurrenz zum Teil Schuld. Die Steinschläger im Straßenbau werden auch in der Lohnbewegung gehemmt durch die Konkurrenz der Steinbruchbetriebe. Der Gauleiter begründet dann den zweijährigen Bezirks-Lohnabluß im Straßenbau. Für ein Jahr abzuschließen, waren die Arbeitgeber nicht zu haben, und im September einen Lohnstarif abzulaufen zu lassen, sei ein Unding, auch in anderen Bezirken Deutschlands sind zweijährige Lohnstarife getätigt, ferner spielt dabei die wirtschaftliche und berufliche Lage usw. eine große Rolle, des weiteren die Konkurrenz der Asphalt- und Teerstrahlen im Straßenbau. Durchweg kann man sagen, das gesteckte Ziel ist erreicht. Bestrebungen zum Abschluß eines Reichstarifvertrages sind für den gesamten Straßenbau im Gange. — In der Sonderregelung der Arbeitslosenversicherung sind durch Eingriff der Zentrale und Gauleitung viele Kollegen zu ihrem Rechte gekommen; am ungerechtesten werden die ländlichen Kollegen behandelt, denen wird ihr bischen Landwirtschaft bei der Unterstützung in Anrechnung gebracht. Infolge eines Antrages von Bergen macht der Gauleiter längere Ausführungen über die Tätigkeit bei den Arbeitsgerichten. — Um den Kollegen vor Augen zu führen, welches Arbeitspensum innerhalb 490 Tagen geleistet worden ist: 227 Besammlungen, 270 Verhandlungen bei Tarif- und Lohnindifferenzen, 72 Konferenzen und Sitzungen und 30 Abrechnungen und Revisionen. Eingänge an Poststücken: 3752 Briefe, 725 Karten 466 Druckstücken. Ausgänge 4136 Briefe, 1027 Postkarten, 7722 Druckstücken. Am Ende seines Berichtes bittet Kollege Gödemeyer, sachliche Kritik zu üben, kameradschaftlich zusammenzuarbeiten, nicht bei jeder Gelegenheit Mißtrauen zu säen, besser ist es, die Kräfte einzusetzen zum Ausbau und Festigung des Verbandes, damit die Fernstehenden nicht abgestoßen werden. Es folgt dann eine lebhafte Aussprache ein, im großen und ganzen ist die Konferenz mit der

Tätigkeit des Kollegen Gödemeyer einverstanden, kritisiert wird das der zweijährige Lohnabluß. Von vielen Delegierten wird das Verhalten der eigenen Kollegen im Organisationsverhältnis und Affordarbeit entsprechend kritisiert, vor allem, daß die bestehenden Tarife so wenig eingehalten werden. Wo Mißstände bestehen, ist es zum größten Teil die Schuld der Kollegen, nicht die des Gauleiters. Die Kollegen von Ibbenbüren glauben beim 5. Gau besser aufgehoben zu sein. Kollege Milbner fordert, nachdem er die Tätigkeit des Gauleiters getreift hat, zur Schulung des Nachwuchses Broschüren von der Zentrale. Kollege Siebold weist aus Anlaß eines vorliegenden Antrages betreffs Arbeitsgericht auf den „Steinarbeiter“ und auf den in Vorbereitung befindlichen Kalender 1930 hin. Der letztere bringe eine Neuerung als Hilfe der Kollegen vor den Arbeitsgerichten, diese Neuerung käme als Separatbeilage zum Kalender; im weiteren empfiehlt er den Kollegen, sich an den Zentralvorstand zu wenden, so weit es nur möglich ist, werden die Mißbegierigen beliefert. Ein Antrag des Kollegen Dünne, die Machtbefugnisse der Beisitzer im Gauvorstand zu erweitern, wird durch die Konferenz für den Verbandstag angenommen. Von vielen Kollegen der Konferenz wird rügend hervorgehoben, daß durch die leibige Affordarbeit sehr viele Kollegen auf der Straße liegen und so der Verbandskasse unnütz zur Last fallen. Einzelne Bezirke glauben sich vernachlässigt, wenn der Gauleiter nicht alle vier Wochen bei ihnen ist, daher die Anträge zur Anstellung eines zweiten Gauleiters im Gau. Diese Anträge werden dem Verbandstag überwiesen. Kollege Gödemeyer konnte im Schlußwort einige Mißverständnisse und Unklarheiten richtigstellen. Dann folgte ein Vortrag des Kollegen Siebold über „Die Aufgaben des Verbandstages“. Er streifte vor allen Dingen die Beitragszahlung und die Leistungen des Verbandes, geht auf die Alters- und Invalidenversicherung ein und hebt das für und Wider hervor. Eingeführt werde sie doch, das liege in den Verhältnissen begründet. Um nicht immer nachzuhinken, wie in vielen anderen Fällen, wie unsere Organisationsgeschichte belegt, sei es schon besser, sie werde auf unserem diesjährigen Verbandstag beschlossen. Der Vorstand wird auf alle Fälle, auch wenn die Altersversicherung abgelehnt würde, dem Verbandstage einen neuen Vorschlag zur Beitragszahlung unterbreiten. Ein großer Teil der Kollegen wird in der Beitragsleistung heute nicht richtig erfaßt. Ohne eine Beitragsprüfung werde es nicht gehen. Im übrigen fehle das kollegiale Zusammenarbeiten wie früher, die Schwierigkeiten werden künstlich verstärkt. Auch die Verschmelzungsfrage wird vom Kollegen Siebold besprochen, die bereits frühere Verbandstage erledigt haben. Die Situation sei wohl genau so wie damals. Der Verlegung der Zentrale nach Berlin wird Erwähnung getan und im übrigen die Tagesordnung des Verbandstages im einzelnen besprochen. Am 2. Tage setzte die Aussprache zu den Anträgen ein, am meisten Zeit nehmen die Anträge zum Statut in Anspruch. Einige Anträge werden dem Verbandstage überwiesen, da die Konferenz nicht befugt ist, darüber Beschluß zu fassen. Ein Antrag von Kiel und Rostock in der Erwerbslosen-Unterstützung, die Bezugsberechtigung von 65 auf 52 Wochen herabzusetzen, wird von der Konferenz angenommen, ein Vorschlag zum vorstehendem Antrag von Harburg und Hamburg findet Annahme, der besagt: bei Kranken- und Erwerbslosen-Unterstützung ist eine Erwerbslosenmarke zu kleben. Zur Alters- und Invaliden-Versicherung wird ein Kleter Antrag angenommen, damit erledigen sich die Anträge, die die Invaliden-Versicherung verwerfen. Verschmelzungsfrage: Ein Antrag Hamburg-Kiel, den Steinarbeiterverband so schnell wie möglich mit dem Baugewerksbund zu verschmelzen, wird von der Mehrheit der Konferenz abgelehnt. Eine ausgedehnte, aber sachlich und inhaltlich hochstehende Debatte entsteht durch den vom Kollegen Tschökel, Bremen, begründeten Antrag. Er betrifft die gemeinnützigen Betriebe. In Bremen herrschen, soweit die Straßensbau-Gesellschaften in Frage kommen, keine idealen Zustände. Die Zentralleitung verjucht bereits ändernd einzugreifen. Der Antrag über Staub-Lungenkrankung wird durch die Darlegung des Kollegen Siebold als erledigt angesehen. Die Anträge auf Gehaltsabbau der Angestellten werden von der Konferenz abgelehnt. Nachdem Kollege Neumann die Abstimmung über die Anträge beendet hat, drückt Kollege Siebold seine Freude aus über den Verlauf der Konferenz. Auch der gesunde Humor sei zur Geltung gekommen, was den Verlauf erleichtere. Er nehme viel Anregendes mit nach Leipzig. Auch den Kollegen von der sogenannten Opposition gebühre Anerkennung, weil sie, wie alle übrigen Konferenzteilnehmer, in sachlicher Kritik zum Besten des Verbandes gearbeitet haben; so möchte es immer bleiben. Kollege Neumann wünscht allen Delegierten eine glückliche Heimfahrt und schließt um 15 Uhr die Konferenz.

**Westerwaldbezirk.** Eine Bezirkskonferenz des Westerwaldbezirks tagte am 23. Juni zu Erbach, die hauptsächlich hervorgerufen wurde durch den kommenden Verbandstag. Die Konferenz bestimmte den Kollegen Log-Geinrau zum Vorsitzenden und den Kollegen Drees-Merenberg zum Schriftführer. Der Vorsitzende führte bei der Eröffnung den Kollegen die schlechte wirtschaftliche Lage des verflohenen Jahres vor Augen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Zukunft bessere Zeiten bringe. Die Tagesordnung war umfangreich. Den Geschäftsbericht behandelte Kollege Wolf. In diesem Bericht fielen die vielen Lohnklagen auf; gewiß kein Ruhmesblatt in dem Tagebuch der Unternehmer des Westens. Kollege Wolf kritisierte mit Recht dieses Gebaren der Unternehmer und meinte, wenn es so weiterginge, würden die Arbeitsgerichte noch die zweite Heimat der Arbeitersekretäre. Den harten Winter und die Notlage der Kollegen nützte die Unternehmer aus, um ihre Lohnkürzungsmanöver einzuleiten. Auch über manche Arbeitsämter wurde Klage geführt, die den Kollegen in der Zuweisung von Erwerbslosen- und Krisenunterstützung Schwierigkeiten bereitet hätten. Eine rege Diskussion setzte ein. Die Kollegen Höhn, Thomas, Fahh und Menges sprachen über aufgewungene Kündigungsfrist. Kollege Zahn beschäftigte sich mit dem Arbeitamt Limburg. Müller und Klotz sprachen über Betriebsstilllegung. Im Punkt 2 referierte Kollege Wolf über die wirtschaftliche Lage in der Steinindustrie. Das Referat führte uns die Haltung der Behörden wieder vor Augen gegenüber der Steinindustrie. Von den 1 1/2 Milliarden Mark Staatsmitteln für Bauzwecke fließt nur wenig der Steinindustrie zu. Von den 200 000 Kilometer Straßen ist die Hälfte reparaturbedürftig, die ungefähr 4,6 Milliarden Mark benötigen. Dieses Geld müsse durch Anleihe aufgebracht werden. Eine bittere Pille für die Steinindustrie ist auch die, daß die Reichsanstalt für Erwerbslosenversicherung die Kostenträger für Straßenbau abgelehnt hat. (?) Auch die Ruhr-Ausperrung hat auf die Steinindustrie des Westerwalds schädigend gewirkt, indem die Städte des Ruhrgebietes im Etat „Straßenbau“ kürzen mußten. Auch haben die Arbeitgeber Schuld auf dem Gewissen, die den Frankfurter ausnutzen, die Reparationslieferungen in Belgien ausführen, sich aber in deutscher Währung bezahlen lassen. In der Diskussion zu diesem Punkt, in der die Kollegen Drees, Fahh, Müller, Menges und Theobald sprachen, wurde bemängelt, daß der Regierungsbezirk Wiesbaden nur 1 1/2 Millionen für Straßenbau in den Etat eingestellt hat, dagegen Kassel 9 Millionen, davon 6 Millionen als Anleihe. Auch wurde bemängelt, daß die Straßenbauleitung fast das ganze Geld für Straßenbauzwecke dem Experiment opfere und auf der anderen Seite das Naturpflaster auf Kosten der Steinarbeiter verbilligt haben will. Zu Punkt 3, Vorschläge für die Kandidaten zum Verbandstag, wurden für den 48. u. 49. Wahlkreis die Vertreter vorgeschlagen. Auch wurden Anträge zum Verbandstag gestellt. (Kandidaten und Anträge werden anderweitig veröffentlicht. Red.) In Punkt 5, „Erweiterung des Bezirksvorstandes“, wurde Kollege Künzler von der Kalkbranche in den Vorstand gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde das unfaire Benehmen der Union-Unternehmer kritisiert, die sich erdreisten, im 20. Jahrhundert die besten unserer organisierten Kollegen auf die schwarze Liste zu setzen, sie brotlos zu machen, um sie dann der Unternehmervillwürf gefügig zu machen. Die Konferenz weist den Sekretär an, unverzüglich den Vorstandsvorstand davon in Kenntnis



nis zu setzen. Der Verbandsvorstand darf keine Mittel scheuen, um dieses Vorhaben mit aller Schärfe abzustellen. Die Konferenz warnt sämtliche Zahlstellenleiter vor herumziehenden Schwindler. Folgende Entschlüsse wurden angenommen: „Die am 23. Juni 1929 in Erbach (Westerwald) tagende Bezirkskonferenz des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Bezirk Westerwald, nimmt entschieden Stellung gegen jede Verschlechterung des bestehenden Arbeitslosenversicherungsgesetzes.“ Der Vorsitzende hob zum Schluss den sachlichen und geistig hochstehenden Verlauf der Konferenz hervor.

**Würzburg.** Am 30. Juni fand in Würzburg im Gewerkschaftshaus die Konferenz für die Bezirkszahlstelle Würzburg statt. Vertreten waren 22 Unterzahlstellen mit 32 Delegierten, die gesamte Verwaltung und Kollege Gauleiter Herrmann. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Runath die Erschienenen begrüßt und die Konferenz eröffnet hatte, erstattete Kollege Hemmkeppeler den Geschäfts- und Kassenbericht. Im Verlauf der Lohnbewegungen konnte infolge der mäßigen Geschäftslage größere Erfolge nicht erzielt werden. Die Konjunktur ist zurückgegangen, wir haben zur Zeit immer noch mit einer ansehnlichen Zahl erwerbsloser Kollegen zu rechnen. — Der Kassenbericht für das 1. Quartal zeigt das gleiche Bild. Durch die mäßigen Berufsverhältnisse sind die Einnahmen zurückgegangen, während die Ausgaben, besonders für Unterstützungen aller Art gestiegen sind. Die Mitgliederzahl hat sich gehalten. Redner streifte noch den Betriebsbesuch der sozialpolitischen Abteilung des Reichswirtschaftsrates und dessen Bedeutung, sowie die derzeitige Stellungnahme der Arbeitsämter bei Mitteilungen auf Erwerbslosenunterstützung, wozu schon bei geringem Grundbesitz versucht wird, die Anträge abzulehnen. Hemmkeppeler empfiehlt in solchen Fällen Beschwerden an den Spruchauschuss einzulegen. — Die Diskussion über den 1. Punkt war sehr reg. Kollege Hemmkeppeler wandte sich gegen die Taktik der Lohnkommission, gegen das Schlichtungsverfahren an sich, und hält den Abschluß für nicht richtig. Von den anderen Rednern wird das widerlegt und betont, daß die Verhältnisse einen besseren Abschluß der Lohnbewegung nicht ermöglichen hätten. — Zur „Stellungnahme zum Verbandstag“, verlas Kollege Hemmkeppeler das Rundschreiben der Zentrale und erläuterte an Hand der Zahlen die Notwendigkeit einer Beitragsregelung, die notwendig ist, um den Verband in finanzieller Beziehung den nötigen Rückhalt zu geben. Ueber die Einführung der Invaliden- und Altersversicherung sprachen als Referenten die Kollegen Hemmkeppeler und Herrmann. Ersterer ist gegen die Einführung, dadurch ginge der Kampfcharakter des Verbandes verloren, er würde zur Unterstützungs-kasse. Kollege Herrmann sprach sich für die Einführung aus, schon aus Gründen der Solidarität müssen die invaliden und alten Kollegen unterstützt werden, weiter bleibe der Kampfcharakter des Verbandes der gleiche wie bisher, was ja auch die übrigen Verbände beweisen, die die Unterstützung schon eingeführt haben. Die nachfolgenden Redner sprachen sich zum größten Teil gegen die Einführung aus und wurde beschlossen, die Einführung einer Invaliden- und Altersversicherung im Verbande abzulehnen. Die Beitragsleistung soll nach dem auf dem Frankfurter Verbandstage festgelegten Schlüssel „Ein Stundenverdienst der Verbandshauptkasse“ so bleiben. Die Kandidaten zum Verbandstag wurden bestimmt. Ein Antrag der Bildhauer zur besseren Zusammenfassung dieser Berufsgruppe innerhalb der Organisation wurde nach Kenntnisnahme angenommen. Im Punkt Gewerkschaftliches wurden noch verschiedene kleine Angelegenheiten erledigt, dann schloß Kollege Runath die Konferenz.

**Kaiserslautern.** Am 30. Juni 1929 tagte in Kaiserslautern im Gewerkschaftshaus eine Konferenz des Bezirks Kammerlebach. Die Konferenz war von 11 Zahlstellen mit 14 Vertretern besetzt. Folgende Tagesordnung wurde erledigt: Tätigkeits-Bericht des Bezirksleiters. Wahlen. Organisation. Allgemeine innere Bezirks- und Zahlstellen-Angelegenheiten. — Aus dem Tätigkeitsbericht war zu entnehmen, daß der Mitgliederstand von 1130 auf 1503 angewachsen ist. Außerdem ist eine sehr in Anspruch nehmende Vertretung der Arbeits-Gerichtsstellen notwendig, um die Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen. Es fanden in der Berichtszeit 27 Klagen statt, die bis auf einen Fall zu unsern Gunsten entschieden wurden. 58 Versammlungen fanden statt, in denen der Bezirksleiter anwesend war. Betriebsbesuche 86, Betriebsversammlungen 26. An der Diskussion über den Tätigkeitsbericht beteiligten sich die Kollegen Decker, Groß, Zimmer, Sarfert, Geib, Diehl, Jung und Dreyer. Es wurde scharfe Kritik an der Tätigkeit des Kollegen Gras geübt. Anschließend an die Diskussion, die fast die ganze Konferenz ausfüllte, wurde die Wahl des Bezirksleiters vorgenommen mit folgendem Ergebnis: 6 für, 4 gegen, weiß 3 und eine Stimmenthaltung. Zum 3. Punkt der Tagesordnung erläuterte Kollege Sarfert die Zustände in der Zahlstelle Hofenbach und die Bezirksumlage, Beitragsleistung usw. Die Regelung der Bezirksumlage wurde zur nächsten Bezirks-Konferenz zurückgestellt. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Konferenz beendet.

**Königsberg.** Die Delegierten der Zahlstellen Ost- und Westpreußen und des Freistaates Danzig hatten am 30. Juni im Gewerkschaftshaus zu Königsberg eine Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung: 1. Die Entwicklung des Zentralverbandes der Steinarbeiter im Osten. — Agitation, Tarif- und Lohnbewegung. — Kassenbericht. — Vorschläge für einen Kandidaten zum Verbandstag. — Verschiedenes. — Der Bezirksleiter, Kollege Kasper (Königsberg) berichtete, daß es möglich war, in etwa einem Jahre den Osten für uns von 400 Mitgliedern auf 1000 Mitglieder heraufzubringen; mit dem Baugewerksbund handinhand zu gehen. Nur Marienburg ist noch Außensteiter. — Am 3. Juni konnte für den Regierungsbezirk Gumbinnen ein Tarifvertrag abgeschlossen werden; nun fehlt noch Allenstein, darüber am 14. Juni Verhandlung. Die schlechte Lage im Steinlegergewerbe, die manchem Kollegen nicht die Anwartschaft zur Arbeitslosenversicherung verschafft, ergibt schlechte Aussichten für die Zukunft. Der Bezirks-Kassenbericht vom 1. Halbjahr ergibt einen Bestand von 168,53 Mk. Die Delegierten bemängelten die schwache Kasse. Ein Antrag Darlehen, daß Ost- und Westpreußen und Danzig ein Gau wird, wird befürwortet. Elbing möchte den Bezirksleiter Kasper dem Gauleiter gleichgestellt wissen mit Büro- und Hilfskraft. Die Kosten trägt dann die Hauptkasse. Andererseits würde man sich freuen, mehr Verbindung mit dem jetzigen Gauleiter zu haben. Die Anträge wurden angenommen und werden dem Verbandstag überwiesen. Auch wurden die Kandidaten zum Verbandstag aufgestellt. Ferner wurde gewünscht, daß der Verbandstag die Invalidenversicherung ablehnen möge, falls nicht, dann Urabstimmung. Es kam zum Ausdruck, daß der Verband der Steinarbeiter ein Kampf- und kein Unterstützungsverein ist. Ebenso wurde verlangt vom Verbandstag ein Appell an die Arbeiterparteien und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, daß die Rechte der Saisonarbeiter in der Erwerbslosenfürsorge nicht verschlechtert werden.

**Chemnitz.** Eine Unterbezirkskonferenz wurde am 30. Juni vom Vorsitzenden Kollegen Joseph Kunze, Mittweida, eröffnet. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gauleiters Kollegen Mühl, Dresden; 2. Anträge zum Verbandstag und Aufstellung der Delegierten; 3. Gewerkschaftliches. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde begrüßte der Vorsitzende der Zahlstelle Chemnitz die Kollegen und wünschte den Beratungen den besten Erfolg für den Verband. Kollege Mühl berichtete über die schon stattgefundenen Konferenzen im 3. Gau. Die Anwesenden erklärten sich damit einverstanden, eine Gaukonferenz nicht abzuhalten, weil in den Unterbezirken die Lage des Verbandes genügend geklärt ist. Zum Verbandstag wurden verschiedene Anträge gestellt, über die sich eine rege, aber sachliche Debatte entzündete. Der Antrag an den Verbandstag, die Alters- und Invalidenversicherung einzuführen, wird gegen sechs Stimmen angenommen. Alle anderen Anträge werden einstimmig genehmigt. Als Delegierte zum Verbandstag werden die Kollegen Jos. Kunze, Mittweida, Gruber, Schreiersgrün, Lahr, Kirchberg, einstimmig vorgeschlagen. Ueber Uebertritte aus anderen Verbänden entspannt sich noch eine rege Debatte. (Die angenommenen Anträge werden im Wortlaut mit allen übrigen in der Nr. 30 des „Steinarbeiters“ veröffentlicht. Red.)

# Rundschau

**Ein Jubiläum der Gewerkschaftspresse.** Der Kollege Michael Kayser, Redakteur der Holzarbeiterzeitung, feiert in diesem Halbjahre ein doppeltes Jubiläum und außerdem seinen 60. Geburtstag. Kollege Kayser wurde Anfang Juli 1899 Angestellter des Holzarbeiterverbandes, nachdem er schon über ein Jahrzehnt ehrenamtlich im Dienste der Arbeiterbewegung tätig war. Er ist also jetzt 30 Jahre im Dienst. Ende dieses Jahres ist Kayser überdies 25 Jahre Redakteur der Holzarbeiterzeitung. In ihrer Nummer 27 wird festgestellt, „daß die Holzarbeiterzeitung ihr Ansehen bei Freund und Feind der emsigen und erfolgreichen Tätigkeit des Kollegen Kayser verdankt.“ Diese Ueberzeugung haben nicht nur die Holzarbeiter, sondern alle Gewerkschaftsfreunde, die die Gewerkschaftspresse laufend beobachten. Die Holzarbeiterzeitung zählt zweifellos zu den besten und tiefgründigsten Organen der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Es ist deshalb der Wunsch aller Gewerkschaftsfreunde, den Kollegen Kayser noch jahrelang gesund und frohen Mutes auf seinem Posten zu sehen. Obwohl die Zeit immer neue Kräfte an die Oberfläche bringt, ist es doch immer gut, wenn alte, sturmerprobte Kämpfer auf vorgeliebenem Posten stehen und hervorragende Sachkenntnis mit Besonnenheit gepaart im Dienste der Arbeiterbewegung verwenden.

**Ein Streit mit Streikbrechern,** der nunmehr fast 2 Jahre zurückliegt, lag einer Berufungszugrunde, die kürzlich vor der Strafkammer in Dessau ausgetragen wurde. Im Jahre 1927 streikten die Steinmehrer, und der Lohnkampf zog sich über 20 Wochen hin. Einige Steinmehrer stellten am 30. August jenes Jahres fest, daß an einem Hause in der Bismarckstraße Streikbrecherarbeit geleistet wurde. Infolgedessen begaben sich der Zahlstellenvorsitzende, Kollege Weibler, und einige Kollegen an diese Arbeitsstelle, wo der Sohn des Steinmehrmehrs Sträß und ein anderer arbeiteten. Die Streikenden, im Gegensatz zu den beiden Streikbrechern, alte, vernünftige Leute, unterhielten sich über die Qualität der Arbeit, die Sträß und sein Kollege leisteten.

## Neuregelung der Krisen-Unterstützung

Mit Wirkung vom 6. Juli 1929 hat der Reichsarbeitsminister eine Neuregelung über den Personenkreis und die Dauer der Krisenunterstützung vom 29. Juni vorgenommen. Allgemein unterstellt unter die Krisenfürsorge sind folgende Berufsgruppen:

- a) Glasindustrie,
- b) Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate,
- c) der Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe,
- d) des Holz- und Schnitzstoffgewerbes,
- e) des Bekleidungs-gewerbes,
- f) Bühnenmitglieder einschließlich Chorsänger, soweit diese Bühnenmitglieder sind, und das bei Lichtspieldarstellungen verwendete darstellerische Personal, ferner
- g) Angestellte.

Daneben haben die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter die Ermächtigung, soweit ein Bedürfnis dazu besteht, für ihren Amtsbezirk oder Teile desselben weitere Berufe, die in der Anordnung einzeln aufgeführt sind, in die Krisenunterstützung einzubeziehen.

Darunter fällt auch die Industrie der Naturstein-Industrie!

Diese Ausdehnung darf sich nicht auf die sogenannten Saisonarbeiter erstrecken, die somit nicht der Krisenfürsorge unterstellt werden können. Eine Verschlechterung ist noch insofern eingetreten, daß Arbeitslose unter 21 Jahren ebenfalls nicht einbezogen werden dürfen.

Die Höchstdauer beträgt, wie bisher, 39 Wochen. Für über 40 Jahre alte Arbeitslose kann diese ebenfalls, wie bisher, auf 52 Wochen verlängert werden.

Der erstere, der die Bemerkungen gehört hatte, drehte sich daraufhin um und antwortete mit einem bekannten Zitat aus „Göh von Verlichingen“. Daraufhin wurde der Streikbrecher Sträß vom Kollegen Weibler am Kragen gefaßt, um sich solche Bemerkungen zu verbieten.

Was nun folgte, war der Grund zu langwierigen Gerichtsverhandlungen und auch des heutigen Termins. Sträß bemerkte nach einiger Zeit ein erhebliches Anschwellen der Hand und führte das auf den Zusammenstoß mit Weibler zurück, wobei er angab, von diesem gegen die Mauer geschleudert worden zu sein. Im weiteren Verlauf nahm diese Schwellung immer bösartigere Formen an, machte die Behandlung in einer Klinik notwendig und hinterließ eine dauernde Behinderung im Gebrauch der Hand. In der ersten Verhandlung war Weibler zu einer Geldstrafe von 75 Mark verurteilt worden, wogegen er und Sträß als Nebenkläger Berufung einlegten.

Die Beweisaufnahme, die Vernehmung der zahlreichen Zeugen und der drei als Sachverständigen geladenen Ärzte gestaltete sich außerordentlich langwierig. Aus den Aussagen der Sachverständigen ist lebhaft hervorzuheben, daß der Nebenkläger, der sich bei Sanitätsrat Zühlke in Behandlung begeben hatte, in den ersten Tagen seiner Behandlung gar nichts von einer Handverletzung erwähnte, sondern sich nur wegen Schulterschmerzen behandeln ließ. Der behandelnde Arzt hat bei der ersten Behandlung nichts von einer Handverletzung bei dem Nebenkläger bemerkt. Die Aussagen der Tatzeugen widersprachen sich zum Teil sehr erheblich. Während der zweite Streikbrecher, der Zeuge Buth, behauptete, gesehen zu haben, wie Weibler den Sträß gegen die Mauer drängte, haben die vom Angeklagten beigebrachten Zeugen von diesem Vorfall nichts gesehen.

Das Gericht wies beide Berufungen zurück. Es bleibt bei der ursprünglich erkannten Strafe von 75 Mark. Das Gericht war der Meinung, daß die Verletzung des Klägers in kausalem Zusammenhang mit jenem Streit am 30. August gestanden habe. Andererseits sei kein Anlaß gewesen, die Strafe zu erhöhen, wie es der Nebenkläger durch seinen Rechtsanwalt verlangt hatte. Dem Angeklagten habe die Absicht zu einer Körperverletzung fern gelegen.

Man soll sich nicht provozieren lassen, diese Verhandlung hat es aufs neue bewiesen. Wenn in diesem Falle ein erfahrener Gewerkschafter der Leidtragende war, zeigt das nur, daß man Streikbrecher am besten ganz unter sich läßt. Wer Beschäftigte, besudelt sich. Solche traurigen Gesellen sind am wirksamsten durch Verachtung zu strafen.

## BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN UND GAULEITUNGEN

**Versammlungen:**  
Am 20. Juli. In Potsdam, 20 Uhr, im Volkshaus.  
Am 21. Juli. In Kolberg, 8 Uhr, im Restaurant Guhle, Stettiner Straße.

**Gaukonferenzen**  
8. Gau am 10. und 11. August in Nürnberg, Metallarbeiterverbandshaus, Bordere Rathhäusergasse 12. Beginn 14 Uhr.

**Bad Aibling.** Auszahlungen in der Zahlstelle finden nur in der Zeit von 12 bis 13 Uhr und von 17 bis 20 Uhr beim Kassierer statt.

**Delmenhorst bei Bremen.** Am Orte sind noch arbeitslose Steinleger, deshalb ist Zuzug nicht erwünscht.

**Augsburg.** Den Zahlstellenmitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Versammlungen a 8 August im Volkshaus, Eisenhammerstr. 26, stattfinden.

**Düsseldorf.** Vor einiger Zeit erschien in dem Düsseldorfener Blatt der Kommunistischen Partei ein Artikel, in welchem der Zahlstellenleiter unseres Verbandes in Düsseldorf Lotterwirtschaft und Korruption vorgeworfen wird. Gegen die betreffende Zeitung sind bereits Schritte unternommen worden. Entweder wird der Artikelschreiber widerrufen, oder er wird Gelegenheit bekommen, seine schmutzigen Anwürfe zu beweisen, was ihm schwer gelingen wird. Da nun der Artikel ähnlich auch von dem Hamburger Blatt der KPD übernommen wurde und so wahrscheinlich noch weiter die Runde durch den kommunistischen Blätterwald macht, sehen wir uns veranlaßt, vorläufig im „Steinarbeiter“ die Verdächtigungen zurückzuweisen. In dem Artikel wird ganz besonders hervorgehoben, der Zahlstellenvorstand von Düsseldorf verteilte 5 Prozent der Einnahme unter sich. Das stimmt nicht ganz, es ist bedeutend weniger. Die Prozente stehen aber dem Vorsitzenden und dem Kassierer statutarisch zu für ihre Arbeitsleistungen im Nebenamt im Interesse der gewerkschaftlichen Organisation. Ferner wird eine Summe von 163 Mark erwähnt, die zu einer Festlichkeit ausgegeben wurde. Zu dieser Ausgabe hatte eine vorhergehende Versammlung Anregung und Zustimmung gegeben. Also war die Zahlstellenleitung nur der ausführende Teil. Der Veranlasser des Artikels hat sich sogar hervorragend auf dem betreffenden Fest amüsiert und war mit dem Gebotenen kaum zufrieden. Wir können auch noch deutlicher werden, wenn die Zellenbauer es wünschen. Wenn das Düsseldorfener und das Hamburger Kommunistenblatt von Korruption reden, dann sollen sie nur einmal in ihren eigenen Redaktionen und ihrer Partei nach dem Rechten sehen, dann läßt sich vielleicht eher von Lotterwirtschaft reden. Die am 21. Juni stattgefundenen Versammlung der gesamten freiorganisierten Steinarbeiter in Düsseldorf war einstimmig mit der Leitung der Zahlstelle einverstanden und weist die Anwürfe der KPD-Presse als unberechtigt zurück.

Die Revisoren der Zahlstelle Düsseldorf:  
Paul Montermann, Steinmeh. Fritz Schmidt, Steinseher.

## Adressenänderungen

1. Gau NW: **Bismar.** Kass.: Hugo Gallas, Mühlengrube 38, I.
2. Gau: **Steinau (Oder).** Kass.: Paul Vogt, Gartenstraße 11. — **Hindenburg.** Vorj. u. Kass.: Joseph Daniel, Hindenburg-Jabbarze II, Salzbrunnstraße 34. — **Naasdorf.** Kass.: Alfred Christ, Steinberg, Krs. Neiße, Post Köppernig, D.S.
3. Gau: **Theuma.** Vorj.: Maximilian Stummhöfer. — **Häslach, Sa.** Vorj.: Richard Tomshke, Weißbach 1g, Post Radeberg-Land, Sa.
2. und 3. Gau: **Piegnitz.** Emil Piefte, Gauleiter, wohnt nicht Erganweg, sondern Peiferstraße 37.
4. Gau: **Westerhausen (Harz).** Kass.: Wilhelm Friede, Kleines Feld Nr. 360. — **Braunshweig.** Vorj. u. Kass.: Karl Ludwig, Alt-Stadt-Ring 7, III. — **Erfurt.** Vorj.: Willi Schröder, Grafengasse 1, II.
7. Gau: **Neubau.** Vorj.: Johann Ruchbandner, Fichtelberg (Oberfr.) 13/4.
9. Gau: **Völkershäuser.** Kass.: Hans Wolf.

## ANZEIGEN

**Unterbezirk Schöneberg-Steglitz und Umgeg.**  
Unsere nächste Mitgliederversammlung Sonntag, 21. Juli, 10 Uhr, im Lokal von Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15. — Tagesordnung: 1. Anträge zum Verbandstag; 2. Wahl der Delegierten zum Verbandstag; 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. August Nillert, Vorsitzender.

**Charlottenburg**  
Unsere Versammlung, in der die Delegierten zum Verbandstag gewählt werden, findet **Sonnabend, den 20. Juli, 19 Uhr,** im Lokal Böhne, Schloßstraße 45, statt. Pünktliches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung, I. A.: Emil Frohloff.

**10 Steinssetzer** für Basalt, Mosaik und Kleinpflaster sofort gesucht, bei dauernder Beschäftigung. Basaltwerk Gohlwitz G. m. b. H. Liegnitz i. Schlesien, Augustastraße 9.

**Gesucht**  
**1—2 tüchtige Marmoristen** welche im Verlegen und Versetzen von Platten an Fassaden bewandert sind. Nur Eilofernten werden berücksichtigt bei sofortigem Eintritt. **Oskar Lippe, Steinindustrie, Basel (Schweiz), Guberstraße 80/105.**

Suche sofort tüchtige **Steinssetzer** geübt im Rehenpflaster **Wilh. Jüras, Rostock i. Mecklenbg. Doberaner Str. 31**

**Pflasterhämmer**  
aus bestem Schweißstahl  
**Rammen, Brechstangen**  
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb  
**Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82**

## GESTORBEN

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- In **Beuthen** am 20. Juni der Steinssetzer J. Garus, 38 Jahre alt, Nervenleiden (Kriegsfolge).
  - In **Berneck** am 20. Juni der Granitschleifer Michl Grieshammer, 37 Jahre alt, 3 Wochen krank, Magenleiden.
  - In **Geftres** am 29. Juni der Granitsteinmetz und Brecher Christian Fraab, 40 Jahre alt, 30 Wochen lungenkrank; am 2. Juli der Pflastersteinmacher Franz Hanemann, 47 Jahre alt, 32 Wochen magenkrank
  - In **Wunsiedel** am 3. Juli der Granitsteinmetz Hans Bauer, 45 Jahre alt; 1 Woche krank durch Betriebsunfall.
  - In **Kamenz** am 4. Juli der Pflastersteinmacher Robert Rietschel, 74 Jahre alt, Herzschlag.
  - In **Gommern** am 8. Juli der Pflastersteinmacher Friedrich Kriesedat, 41 Jahre alt, 7 Monate krank, Lungentuberkulose.
  - In **Striegau** am 9. Juli der Granitsteinmetz Heinr. Scholz, 51 Jahre alt, 3 Tage krank, Blutvergiftung.
  - In **Lütschenbach** im Juli der Granitsteinmetz Otto Spitzberger, 23 Jahre alt, Unglücksfall, ertrunken.

EHRE IHREM ANDENKEN  
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.